Text und Erläuterung
UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Text und Erläuterung
Inhalt

Vorwort des Senators
für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.......................... 5

Vorwort der Senatskoordinatorin
für die Gleichstellung behinderter Menschen.......................... 7

Erläuterungen zur UN-Konvention

Einleitung.............................................................................. 9

Entstehungsgeschichte und Eingliederung in die deutsche Rechtsordnung .. 10

Entstehungsgeschichte......................................................... 10

Eingliederung der Verträge in die deutsche Rechtsordnung ............ 11

Aufbau und wesentliche Inhalte der Konvention ......................... 12

Der Allgemeine Teil............................................................... 12

Der Besondere Teil.................................................................. 14

Regelungen zur Durchführung und Überwachung....................... 16

Das Fakultativprotokoll....................................................... 18

Was ist neu am Übereinkommen, was zeichnet es aus?............... 19

Menschenrechte aus der Perspektive Behindeter........................ 19

Stärkung der Menschenwürde............................................... 20

Verständnis und Begriff von Behinderung............................... 20

Leitgedanke der „sozialen Inklusion“....................................... 21

Berücksichtigung der Belange behinderter Menschen in allen politischen Konzepten und Programmen............................ 21

Internationale Entwicklungszusammenarbeit........................... 22

An wen richtet sich die Konvention – Wer muss sie einhalten und umsetzen?........................................................................ 22

Die Verpflichtung zur Umsetzung der Konvention....................... 22

Die Verpflichtung zur Einhaltung – Kann ich mich bei einer Behörde oder einem Gericht auf Rechte aus der Konvention berufen?.............. 24

Die Umsetzung....................................................................... 25

Rahmenbedingungen............................................................. 25

Erste Schritte........................................................................... 26

Ausblick................................................................................. 27
Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Inhalt

Präambel 29

Artikel 1 – Zweck ............................................. 31
Artikel 2 – Begriffsbestimmungen ............................... 32
Artikel 3 – Allgemeine Grundsätze ............................... 32
Artikel 4 – Allgemeine Verpflichtungen ......................... 33
Artikel 5 – Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung .......... 34
Artikel 6 – Frauen mit Behinderungen .......................... 35
Artikel 7 – Kinder mit Behinderungen .......................... 35
Artikel 8 – Bewusstseinsbildung .................................. 35
Artikel 9 – Zugänglichkeit ....................................... 36
Artikel 10 – Recht auf Leben ..................................... 37
Artikel 11 – Gefahrensituationen und humanitäre Notlagen ...... 37
Artikel 12 – Gleiches Anerkennen vor dem Recht .................. 37
Artikel 13 – Zugang zur Justiz .................................... 38
Artikel 14 – Freiheit und Sicherheit der Person .................... 38
Artikel 15 – Freiheit von Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe ............................ 39
Artikel 16 – Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch ........ 39
Artikel 17 – Schutz der Unversehrtheit der Person .................. 40
Artikel 18 – Freizügigkeit und Staatsangehörigkeit .................. 40
Artikel 19 – Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft .................. 40
Artikel 20 – Persönliche Mobilität ................................ 41
Artikel 21 – Recht der freien Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen ............................................. 41
Artikel 22 – Achtung der Privatsphäre ............................... 42
Artikel 23 – Achtung der Wohnung und der Familie ................... 42
Artikel 24 – Bildung .............................................. 43
Artikel 25 – Gesundheit ........................................... 44
Artikel 26 – Habilitation und Rehabilitation ......................... 45
Artikel 27 – Arbeit und Beschäftigung ............................. 46
Artikel 28 – Angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz .......... 47
Artikel 29 – Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben ........ 48
Artikel 30 – Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport ................ 48
Artikel 31 – Statistik und Datensammlung .......................... 49
Artikel 32 – Internationale Zusammenarbeit ........................................ 50
Artikel 33 – Innerstaatliche Durchführung und Überwachung .................. 50
Artikel 34 – Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen .... 51
Artikel 35 – Berichte der Vertragsstaaten ....................................... 52
Artikel 36 – Prüfung der Berichte ............................................... 53
Artikel 37 – Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten und dem Ausschuss 53
Artikel 38 – Beziehungen des Ausschusses zu anderen Organen ............... 54
Artikel 39 – Bericht des Ausschusses ......................................... 54
Artikel 40 – Konferenz der Vertragsstaaten .................................... 54
Artikel 41 – Verwahrer ................................................................. 54
Artikel 42 – Unterzeichnung ......................................................... 55
Artikel 43 – Zustimmung, gebunden zu sein .................................... 55
Artikel 44 – Organisationen der regionalen Integration .......................... 55
Artikel 45 – Inkrafttreten ............................................................. 55
Artikel 46 – Vorbehalte ............................................................... 56
Artikel 47 – Änderungen ............................................................. 56
Artikel 48 – Kündigung ............................................................... 56
Artikel 49 – Zugängliches Format ................................................. 56
Artikel 50 – Verbindliche Wortlaute ............................................. 57

**Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen** ........................................... 58
Literaturhinweise ........................................................................ 62
Weitere Informationen .................................................................. 63
Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie möchten sich über die UN-Behindertenrechtskonvention informieren oder bestimmte Fragestellungen dazu vertiefen und haben deshalb zu dieser Broschüre gegriffen. Sie finden darin Basisinformationen zu Inhalt und Aufbau der Konvention, zu ihrer Entstehungsgeschichte und rechtlichen Einordnung. Sie erhalten Antworten auf die Frage, was an der Konvention neu ist und was sie besonders auszeichnet. Darüber hinaus wird erläutert, welches Verständnis von Behinderung in der Konvention zu Grunde gelegt wird und was unter der Leitidee Inklusion zu verstehen ist. Die Broschüre, die bereits in zweiter Auflage erscheint, richtet sich in erster Linie an Menschen, die in ihrem Berufsleben mit dem Übereinkommen „arbeiten“ müssen. Sie ist aber auch ein Angebot für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.


Gerade das Thema Bewusstseinsbildung ist von besonderer Bedeutung. Menschen mit Behinderungen erleben häufig, dass andere Menschen sie nur anhand ihrer mehr oder weniger starken Beeinträchtigungen wahrnehmen. Unkenntnis, Berührungsängste, Mitleid oder Ablehnung sind die Auslöser dafür. Diese verengte Sichtweise versperrt
den Blick auf die Fähigkeiten und Talente behinderter Menschen. Andererseits erleben sie eine ebenfalls verengte Wahrnehmung, in dem sie dafür bewundert werden, was sie „trotz“ ihrer Behinderung zu leisten vermögen. Beide Sichtweisen stellen nicht den Menschen als „ganz normalen“ Teil unserer vielfältigen Gesellschaft in den Mittelpunkt. Sie bleiben dem Blick auf die (vermeintliche) Beeinträchtigung verhaftet. An dieser Stelle wird besonders klar, dass die Umsetzung der UN-Konvention nur gelingen wird, wenn viele Menschen sie kennenlernen und sich ihrer Ideen annehmen. Dabei soll die Broschüre helfen.

Ihr

Detlef Scheele

Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Vorwort der Senatskoordinatorin

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich über das große Interesse der Hamburgerinnen und Hamburger an der UN – Behindertenrechtskonvention (UN – BRK), das bereits diese zweite Auflage notwendig macht.


Und nun fordert die UN – BRK einen radikalen Paradigmenwechsel: behinderte Menschen haben einen Rechtsanspruch, alle die Einrichtungen zu besuchen und Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, die den nicht behinderten Menschen offenstehen. Sie sollen die dafür notwendige Unterstützung an allen Orten und bei allen Diensten bekommen, und auch darauf haben sie einen Rechtsanspruch!

Dies ist eine radikal neue Sicht auf Behinderung. Es wird festgestellt, dass es die vielfältigen gesellschaftlichen Barrieren sind, die bisher eine ungehinderte Teilhabe aller Menschen in der Gesellschaft unmöglich machen. Barrieren in den Köpfen bewirken, dass Informationen so abgefasst und veröffentlicht werden, dass sie nur für eine bestimmte Gruppe von Menschen verständlich sind, Bauwerke werden so konzipiert, dass bei den Zugangsmöglichkeiten nicht an alle unterschiedlichen Besucher gedacht worden ist. Lernbedingungen, Sportangebote, Kulturerlebnisse, Wohnungen, Verkehrsmittel, alle die in diesen Bereichen Verantwortung tragen oder tätig sind müssen verstehen, dass sie ein Angebot machen müssen, das allen Menschen offensteht. Das ist nicht leicht, es erfordert viel Engagement und Kreativität, Barrieren in den Köpfen und im Raum beiseite zu räumen.
Ich wünsche mir, dass sich viele Hamburgerinnen und Hamburger am Beseitigen der Barrieren beteiligen, ihre Ideen, ihre Vorschläge und ihr eigenes Handeln für die Verwirklichung von Inklusion in Hamburg einsetzen. Die Kenntnis der UN – BRK hilft Ihnen, sich aktiv für ein vorbehaltloses Miteinander von behinderten und nicht behinderten Menschen in Hamburg einzusetzen!


Ich wünsche mir für die nächsten Jahre, dass immer mehr Hamburger Bürgerinnen und Bürger sich für die Umsetzung der UN – BRK interessieren und mithelfen, die Inklusion in allen Gesellschaftsbereichen in Hamburg zu verwirklichen. Dann werden Menschen mit Behinderung immer und überall in unserer Metropole willkommen sein.

Ihre

Ingrid Körner
Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen
Erläuterungen zur UN-Konvention

Einleitung


Auch bei Betroffenen, in der Fachöffentlichkeit und bei der Bevölkerung ist die Konvention auf großes Interesse gestoßen. Sie weckt Erwartungen und Hoffnungen, gibt Anlass zu vielfältigen Diskussionen und wirft viele Fragen auf. Diese Broschüre möchte dazu beitragen, einige dieser Fragen zu beantworten und die Diskussion auf sachlicher Ebene informiert zu führen.
Entstehungsgeschichte und Eingliederung in die deutsche Rechtsordnung

Entstehungsgeschichte


- das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

und das

- Fakultativprotokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.


Behinderte Menschen gehören weltweit gesehen zu den am meisten gefährdeten Gruppen, wenn es um die Verletzung von Menschenrechten geht. In vielen Staaten sind die Tötung behinderter Säuglinge, Zwangssterilisierungen, sexueller Missbrauch, Erprobung neuer Medikamente an geistig behinderten Menschen, menschenunwürdige Lebensumstände in Heimen, fehlender Zugang zu Bildung oder Gesundheitsversorgung, extreme Armut und Obdachlosigkeit infolge Behinderung persönliche Lebensrealität. Dennoch wurden sie bisher in kaum einem
Menschenrechtsdokument ausdrücklich genannt. Sie waren zwar auch vor der Verabschiedung des Übereinkommens vom System des Menschenrechtsschutzes erfasst. Im Ad-hoc-Ausschuss bestand aber Einvernehmen darüber, dass ihre spezifischen Belange darin zu wenig berücksichtigt wurden.

Mit dem Übereinkommen liegt jetzt ein Dokument vor, das keine „neuen“ Menschenrechte für Behinderte schafft, die international anerkannten Menschenrechte aber aus ihrer Perspektive, zugeschnitten auf ihre Lebenslagen formuliert.

### Eingliederung der Verträge in die deutsche Rechtsordnung

Von der Verabschiedung der Konvention in der Generalversammlung der Vereinten Nationen bis zu ihrer Eingliederung in die deutsche Rechtsordnung bedurfte es mehrerer Schritte:

- Unterzeichnung durch die Bundesrepublik (30.03.2007)
- Inkrafttreten auf internationaler Ebene am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der zwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde (03.05.2008),
- Verabschiedung eines Vertragsgesetzes/Zustimmungsgesetzes zum Übereinkommen und Fakultativprotokoll durch Bundestag und Bundesrat (beeschlossen am 03.12.2008, in Kraft getreten am 01.01.2009),
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde bei den Vereinten Nationen (24.02.2009),
- Inkrafttreten als innerstaatliches deutsches Recht am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde (26.03.2009).


Beide haben den Rang eines Bundesgesetzes und sind als innerstaatlich gelten- des Recht grundsätzlich anwendbar. Das Bundesverfassungsgericht spricht von einem „Anwendungsbefehl“, den das Zustimmungsgesetz enthält. Das Verhältnis zu anderen Bundesgesetzen bestimmt sich nach den allgemeinen Regeln, z.B. der Regel „die spätere Norm verdrängt die frühere“.

Eine Besonderheit gilt für die Auslegung der Vertragsnormen. Sie werden nicht nach den für die Auslegung deutsches Rechts geltenden Grundsätzen ausgelegt. Sie sind vielmehr nach den Regeln zur völkerrechtlichen Vertragsauslegung zu behandeln. Diese finden sich im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (WVK) vom 23.05.1969. Im Fall eines Widerspruchs zwischen einer Vor-
Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen


Bei Zweifeln über den Wortlaut von Vertragsbestimmungen müssen die jeweiligen Anwender (Behörden oder Gerichte) auf eine der Sprachen zurückgreifen, die in der Konvention in Artikel 50 als „verbindliche Wortlauten“ vereinbart wurden. Die deutsche Sprache gehört nicht dazu. Deshalb ist auch die zwischen Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein abgestimmte deutsche Übersetzung nicht rechtsverbindlich. Sie dient als Orientierung. Im Zweifel ist auf eine der sechs verbindlichen Fassungen zurückzugreifen, z.B. auf die englische.

Aufbau und wesentliche Inhalte der Konvention


Der Allgemeine Teil

Artikel 1 – 9 (Allgemeiner Teil) enthalten Bestimmungen, die für die Auslegung und Anwendung der Konvention insgesamt von Bedeutung sind, wie den Zweck der Konvention, Definitionen und allgemeine Prinzipien.

Nach Art. 1 ist es Zweck des Übereinkommens, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten.

Art. 1 Absatz 2 beschreibt, wer im Sinne der Konvention als Mensch mit Behinderungen betrachtet wird. Dazu zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können. Es handelt sich dabei nicht um eine Begriffsdefinition im rechtlichen Sinn. Es wird ein eher weites und abstraktes Verständnis von Behinderung beschrieben.
Art. 2 enthält **Definitionen**, die für die Auslegung und das Verständnis der entsprechenden Begriffe in den jeweiligen Artikeln heranzuziehen sind. Es handelt sich dabei um die Begriffe

- Kommunikation
- Sprache
- Diskriminierung aufgrund von Behinderung
- Angemessene Vorkehrungen
- Universelles Design.

So umfasst z.B. der Begriff der Sprache nicht nur gesprochene Sprachen, sondern auch Gebärdensprachen und andere nicht gesprochene Sprachen.


In Art. 3 finden sich acht **Prinzipien**, die die „Philosophie“ des Übereinkommens zum Ausdruck bringen und den Interpretationsrahmen der einzelnen Bestimmungen abstecken¹:

- die Achtung der dem Menschen innewohnenden Würde, seiner individuellen Autonomie, einschließlich der Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, sowie seiner Unabhängigkeit,
- die Nichtdiskriminierung,
- die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft,
- die Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und die Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und der Menschheit,
- die Chancengleichheit,
- die Zugänglichkeit
- die Gleichberechtigung von Mann und Frau,

¹ Die Zitierweise folgt der zwischen Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz abgestimmten deutschen Übersetzung. Rechtlich verbindlich ist die deutsche Fassung nicht (vgl. Art. 50).
• die Achtung vor den sich entwickelnden Fähigkeiten von Kindern mit Behinderungen und die Achtung ihres Rechts auf Wahrung ihrer Identität.

Art. 4 enthält die sog. **Implementierungsklausel**. Sie verpflichtet die Vertragsstaaten, „die volle Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen ohne jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung zu gewährleisten und zu fördern” und macht dafür Vorgaben. Ange- sprochen wird nicht nur die Anpassung der jeweiligen Rechtsordnungen durch legislative Maßnahmen, sondern die gesamte staatliche Praxis.

Art. 5 enthält Bestimmungen zur **Gleichberechtigung** und zum **Diskriminierungsschutz**. Mit Art. 6 und Art. 7 wird der Situation **behinderter Frauen und Mädchen** und **behinderter Kinder** eigenständig Rechnung getragen. Diese Artikel haben horizontale Wirkung für die gesamte Konvention.

Sie beinhaltet weiter eine Reihe von Pflichten, die man als Ziel- oder Förderverpflichtungen bezeichnen kann. Hierzu zählen die Verpflichtung zur allgemeinen Bewusstseinsbildung (Art. 8), die Bestimmungen zur Zugänglichkeit / Barrierefreiheit (Art. 9), zu Gefahrensituationen und humanitären Notlagen (Art. 11), zu Habilitation und Rehabilitation (Art. 26) sowie die Verpflichtung zur Sammlung von Informationen und Daten (Art. 31).

**Der Besondere Teil**

Im Besonderen Teil werden die einzelnen Menschenrechte aufgeführt. Sie umfassen das gesamte Spektrum menschlichen Lebens, angefangen vom existenziellen Recht auf Leben über Themen wie Erziehung, Bildung, Wohnen, Freiheit und Sicherheit der Person, Freizügigkeit und Staatsangehörigkeit, Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft, Recht der freien Meinungsäußerung und Zugang zu Informationen, Gesundheit, Familie, Arbeit und Beschäftigung, Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben, Teilhabe am kulturellen Leben sowie Erholung, Freizeit und Sport.

Im Einzelnen sind dies:

- Recht auf Leben (Artikel 10)
- Gleiche Anerkennung vor dem Recht (Artikel 12)
- Zugang zur Justiz (Artikel 13)
- Freiheit und Sicherheit der Person (Artikel 14)
- Freiheit von Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (Artikel 15)
- Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch (Artikel 16)
- Schutz der Unversehrtheit der Person (Artikel 17)
- Freizügigkeit und Staatsangehörigkeit (Artikel 18)
- Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft (Artikel 19)
• Persönliche Mobilität (Artikel 20)
• Recht der freien Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen (Artikel 21)
• Achtung der Privatsphäre (Artikel 22)
• Achtung der Wohnung und der Familie (Artikel 23)
• Bildung (Artikel 24)
• Gesundheit (Artikel 25)
• Habilitation und Rehabilitation (Artikel 26)
• Arbeit und Beschäftigung (Artikel 27)
• Angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz (Artikel 28)
• Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben (Artikel 29)
• Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport (Artikel 30).

Konkreter Inhalt und Reichweite der einzelnen Rechte werden sich im Laufe des Prozesses der Umsetzung der Konvention und der Entwicklung von Rechtsprechung herausstellen. Soweit es auf internationaler Ebene bereits Kommentierungen gibt (so hat z.B. der UN-Ausschuss für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte sog. „Allgemeine Bemerkungen“ zum Recht auf Arbeit für behinderte Menschen erstellt), wird man diese heranziehen können. Im Übrigen wird man für die genauere inhaltliche Bestimmung die Kommentierungen des Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen abwarten müssen.

An den Beispielen von Artikel 12, Artikel 19 und Artikel 24 soll erläutert werden, wie vielschichtig und folgenreich die Frage der Bestimmung des Inhalts und der Reichweite sein kann.

Artikel 12 schreibt die gleichberechtigte Anerkennung behinderter Menschen vor dem Recht vor. Dazu gehört neben der Anerkennung der Rechtsfähigkeit auch die rechtliche Handlungsfähigkeit. Diese umfasst neben der Geschäftsfähigkeit (z.B. Abschluss von Verträgen) auch die Einwilligungsfähigkeit im Hinblick auf medizinische Maßnahmen und die Deliktsfähigkeit (sich ggf. schadensersatzpflichtig machen).

Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen


**Regelungen zur Durchführung und Überwachung**


Zentrales Gremium dieses internationalen Monitoring ist der „Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (Art. 34). Er tritt zweimal jährlich zu—

Der Ausschuss verfasst ferner „Allgemeine Bemerkungen“ („general comments“), die bei der Anwendung und Auslegung der einzelnen Artikel Hilfestellung geben sollen. Er prüft darüber hinaus Individualbeschwerden und kann auch sog. „Vertrauliche Untersuchungen“ in den Vertragsstaaten durchführen (vgl. hierzu den Abschnitt „Fakultativprotokoll“).


Für die Bundesrepublik werden diese Aufgaben von folgenden Institutionen/Personen wahrgenommen:

- Staatliche Anlaufstelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.
- Staatlicher Koordinierungsmechanismus: Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen.
- Unabhängiger Mechanismus: Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin.

Wer achtet darauf, dass die Rechte auch wirklich eingehalten werden?
Das Fakultativprotokoll

Mit den Instrumenten der Individualbeschwerde und des sog. vertraulichen Prüfungsverfahrens ergänzt das Fakultativprotokoll die Regelungen zum Monitoring.


Das Fakultativprotokoll führt ein internationales Beschwerdeverfahren ein. Artikel 1 eröffnet Einzelpersonen oder Personengruppen die Möglichkeit, sich mit einer Beschwerde (= Mitteilung) an den Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu wenden. Voraussetzung hierfür ist, dass der nationale Rechtsweg ausgeschöpft ist und die Betreffenden behaupten, Opfer einer Verletzung des Übereinkommens durch den Vertragsstaat zu sein.

Das Beschwerdeverfahren läuft in folgenden Schritten ab:

- Der Ausschuss nimmt die Mitteilung entgegen.
- Er prüft, ob sie zulässig ist. Unzulässig ist z.B. eine Mitteilung, die anonym ist oder die nicht hinreichend begründet ist (Art. 2).
- Der Ausschuss setzt den betreffenden Vertragsstaat von der Mitteilung in Kenntnis und gibt ihm Gelegenheit zur Stellungnahme.
- Der Vertragsstaat hat in der Regel sechs Monate Zeit, zur Sache Stellung zu nehmen und ggf. über die von ihm getroffenen Abhilfemaßnahmen zu berichten.
- Der Ausschuss berät über den Fall in nichtöffentlicher Sitzung.
- Der Ausschuss übermittelt dem Vertragsstaat und dem Beschwerdeführer ggf. seine Vorschläge und Empfehlungen.

In „Eilfällen” kann der Ausschuss dem Staat ein Gesuch zur sofortigen Prüfung übermitteln und ihn auffordern, vorläufige Maßnahmen zu treffen, um einen möglichen nicht wiedergutzumachenden Schaden abzuwenden (Art. 4 Absatz 1).

Sanktionen sind nicht vorgesehen


Untersuchungsverfahren

Der Ausschuss übermittelt dem Vertragsstaat das Ergebnis seiner Untersuchung zusammen mit etwaigen Bemerkungen und Empfehlungen. Der Vertragsstaat hat dann wiederum sechs Monate Zeit, hierzu Stellung zu nehmen. Reagiert er nicht, kann der Ausschuss ihn wiederum auffordern, ihm über die als Reaktion auf eine Untersuchung getroffenen Maßnahmen zu unterrichten. Er kann ihn ebenfalls auffordern, in die periodischen „Rechenschaftsberichte“ Einzelheiten über Maßnahmen aufzunehmen, die er als Reaktion auf eine durchgeführte Untersuchung getroffen hat.

Die Aufnahme eines solchen Untersuchungsverfahrens war in den Verhandlungen um das Fakultativprotokoll umstritten. Als Kompromiss räumt Artikel 8 den Vertragsstaaten die Möglichkeit ein, die Regelungen über das Untersuchungsverfahren nicht gegen sich gelten zu lassen (sog. opting-out).

Was ist neu am Übereinkommen, waszeichnet es aus?

Die Konvention zeichnet sich durch einige Besonderheiten und Charakteristika aus, die im Folgenden kurz vorgestellt werden sollen. Es ist notwendig, die „Philosophie“ oder den „Geist“ der Konvention zu verstehen, um ihren Ideen und Visionen bei der Anwendung und Umsetzung gerecht zu werden.

Menschenrechte aus der Perspektive Behinderter

Stärkung der Menschenwürde


Verständnis und Begriff von Behinderung


Keine rechtliche Definition

Erläuterungen zur UN-Konvention

Leitgedanke der „sozialen Inklusion”

densein von Unterschieden ist das Normale. Der Fokus der Inklusion liegt deshalb nicht in der Anpassung des Einzelnen an die Gesellschaft mit dem Ziel, eine wie auch immer definierte „Normalität” zu erreichen. Er liegt vielmehr darauf, gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die allen die Teilhabe am sozialen Leben ermöglichen, d.h. die Gesellschaft in allen Bereichen „zugänglich” oder „barrierefrei” zu gestalten. Mit diesem Leitmotiv der „Inklusion” entwirft die Konvention nicht nur eine Vision vom Zusammenleben derjenigen, die behindert sind, und derjenigen, die nicht behindert sind. Inklusion bezieht viele Aspekte der „Verschiedenheit” ein, z.B. in Bezug auf die Geschlechterrolle, ethnische, sprachliche, kulturelle und religiöse Hintergründe oder die soziale und familiäre Herkunft. Die Konvention öffnet damit den Blick nicht nur für die Situation der behinderten Menschen, sondern auch für die gesamte Vielfalt und das Vorhan-
densein von Unterschieden. Sie geht davon aus, dass die Verwirklichung der Menschenrechte aus dem Übereinkommen nicht nur behinderten Menschen, sondern der gesamten Gesellschaft zugute kommt.

Berücksichtigung der Belange behinderter Menschen in allen politischen Konzepten und Programmen

onsmaterial gestaltet sein muss, damit es auch für z.B. Blinde, Sehbehinderte, Gehörlose oder Menschen mit Lernschwierigkeiten zugänglich ist. Auch im Vorfeld ist zu bedenken, wie man behinderte Menschen erreichen und ansprechen kann. Ähnlich wie bei der Einführung des Gender Mainstreaming sind noch Instru-

Behindertenpolitik ist Querschnittsaufgabe
mente zur Etablierung des „disability mainstreaming“ zu entwickeln. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden, Gerichten oder Körperschaften entsteht Schulungsbedarf. Sie müssen lernen, die für sie ungewohnten Perspektiven nachzuwiegen.

**Internationale Entwicklungszusammenarbeit**


**An wen richtet sich die Konvention – Wer muss sie einhalten und umsetzen?**


Anders ausgedrückt haben die Vertragsstaaten die Verpflichtung, die Konvention einzuhalten und sie umzusetzen. In der Diskussion um die Konvention wird der Aspekt des Einhalts gelegentlich vernachlässigt. Im Mittelpunkt steht die Frage der Umsetzung. Die Konvention enthält aber unterschiedliche Bestandteile. Es gibt zum einen Bestandteile, die unmittelbar anwendbar und von Behörden und Gerichten einzuhalten sind. Es gibt zum anderen Bestandteile, die einen Gestaltungsauftrag an alle staatlichen Organe enthalten und die Verpflichtung zur Umsetzung begründen.

**Die Verpflichtung zur Umsetzung der Konvention**

Kernbestimmung für die Umsetzung ist Artikel 4. Die Vertragsstaaten verpflichten sich darin, alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Umsetzung der in dem Übereinkommen anerkannten Rechte zu treffen. Dies beinhaltet auch Maßnahmen zur Änderung oder Aufhebung bestehender Gesetze, Verordnungen, Gepflogenheiten und Praktiken, die eine Diskriminierung

Neben diesen allgemeinen Grundsätzen sind in Artikel 4 weitere Verpflichtungen ausdrücklich genannt:

- Berücksichtigung des Schutzes und der Förderung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen in allen politischen Konzepten und allen Programmen,
- Unterlassen von konventionswidrigen Handlungen oder Praktiken und Sicherstellung von konventionsgemäßem Handeln staatlicher Stellen,
- Beseitigung der Diskriminierung Behindeter durch Personen, Organisationen oder private Unternehmen,
- Förderung oder Betreibung von Forschung und Entwicklung für Güter, Dienstleistungen, Geräte und Einrichtungen in universellem Design bzw. in unterstützenden Technologien,
- Förderung der Schulung von Fachkräften und weiterem Personal über die Inhalte der Konvention.


Der Vorbehalt der progressiven Realisierung soll nicht für die Verpflichtungen gelten, die nach dem Völkerrecht sofort anwendbar sind (Art. 4 Absatz 2 letzter Halbsatz). Dieser Zusatz ist auf Vorschlag der EU hin in die Konvention aufgenommen worden. Er trägt der Diskussion und Praxis im internationalen Völkerrecht Rechnung, dass auch die nach und nach zu verwirklichenden WSK-Rechte unmittelbar anwendbare Bestandteile enthalten können.

Die Verpflichtung zur Einhaltung – Kann ich mich bei einer Behörde oder einem Gericht auf Rechte aus der Konvention berufen?


Hier spielt dann die bereits erwähnte Diskussion und Praxis im internationalen Völkerrecht und die Regelung des Art. 4 Abs. 2 letzter Halbsatz eine Rolle, nach der auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte unmittelbar anwendbare Bestandteile enthalten können. Dies wurde und wird nach wie vor teilweise rechtlich anders gesehen.


Während die bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte grundsätzlich als „echte“, unmittelbar anwendbare und einklagbare Menschenrechte betrachtet wurden, galt dies für die WSK-Rechte nicht. Sie galten lange Zeit als Menschenrechte „zweiter“ Klasse, die als Programmsätze oder Staatszielbestimmungen nicht unmittelbar anwendbar und nicht einklagbar sind. Hier hat zumindest in der internationalen völkerrechtlichen Debatte mittlerweile ein Wandel stattgefunden. Es hat sich dort die Ansicht durchgesetzt, dass man WSK-Rechten einen unmittelbar anwendbaren Kernbereich des Diskriminierungsschutzes nicht absprechen kann und sie im Hinblick auf diesen Kernbereich auch einklagbar sein können. Es ist
Diese Beschreibung macht aber auch deutlich, dass Behörden und Gerichte hier vor einer großen Herausforderung stehen. Es gehört nicht zum selbstverständlichen Tagesgeschäft, völkerrechtliche Verträge nach völkerrechtlichen Regeln auszulegen, sich mit den auch im Völkerrecht vertretenen unterschiedlichen Standpunkten zu seiner Justiziabilität auseinanderzusetzen oder ggf. auf die in englischer Sprache verfassten Protokolle der Verhandlungen oder die Kommentierungen der Ausschüsse zurückgreifen zu müssen. Auch für Betroffene, Verbände und Rechtsanwälte ist dies eine schwierige Aufgabe.

Die Umsetzung

Rahmenbedingungen

Die Umsetzung ist in der Konvention selbst als längerfristiges gesellschaftliches Anliegen konzipiert. Die Gesellschaft so zu verändern, dass das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen der Vision der Konvention nahekommt, ist nur mit Ausdauer, Geduld, Beharrlichkeit und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu erreichen. Der Erfolg der Umsetzung wird u.a. davon abhängen, ob und inwieweit es gelingt, die „Mehrheitsgesellschaft“ auf andere Art als bisher für die Themak zu interessieren und zu sensibilisieren und sie anzuregen, die eigene Haltung gegenüber behinderten Menschen zu überdenken, Berührungsängste abzubauen, Vorurteile zu überprüfen und Begegnung zu wagen.


Folgende Aspekte sind bei der Umsetzung ebenfalls von Bedeutung und unterstreichen die Notwendigkeit, eines organisierten, schrittweisen Vorgehens:


- Es sind viele Akteure mit unterschiedlichen Interessen und Erfahrungen in den Prozess der Umsetzung einzubeziehen. Neben der Legislative und der...


**Erste Schritte**

**Umsetzung Step by Step** Was können diejenigen, die zur Umsetzung der Konvention verpflichtet sind, als erstes tun?

- Die Konvention bekannt machen und ein Bewusstsein für ihre Inhalte und Anforderungen schaffen.

- Ein behindertenpolitisches Leitbild entwickeln, das die Anforderungen und Leitgedanken der Konvention berücksichtigt.

- Eine Analyse vornehmen, von welchen Themenfeldern der Konvention sie selbst betroffen sind und prüfen, welche Anforderungen die Konvention dazu formuliert.


- Ein Arbeitsprogramm für die Themenfelder erstellen, das folgende Aspekte berücksichtigt: Leitbild/Ziele für das Themenfeld; konkrete Maßnahmen; Verantwortlichkeit; Zeitraum; Auswertung und Fortschreibung.

- Maßnahmen können u.a. sein: Änderung von Gesetzen, Verordnungen, Satzungen; Durchführung von Fachtagungen; Sammlung/Erhebung von Daten; Vergabe von Gutachten oder Forschungsaufträgen; Entwicklung von Modellprojekten; Evaluierung bestehender/laufender Maßnahmen; Fortbildung; Öffentlichkeitsarbeit.

- Gibt es übergreifende Themen, die koordiniert bearbeitet werden müssen (z.B. Barrierefreiheit als Kriterium bei der Vergabe von Leistungen und Zuwendungen)?

- Überlegen, wann und wie die Zivilgesellschaft einzubeziehen ist. Wer kommt neben den Betroffenen und ihren Verbänden als Kooperationspart-
Erläuterungen zur UN-Konvention

Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene im Blick haben und ggf. auf Erfahrungen zurückgreifen.

Schon diese ersten Schritte zu unternehmen, ist ein arbeitsintensiver, aber notwendiger Prozess. Es ist sinnvoll, nach den Ergebnissen der Bestandsaufnahme zunächst einige, wenige Themen festzulegen, die vorrangig behandelt werden. Weitere können dann nach und nach in den Prozess einbezogen werden. Da es sich um die Umsetzung eines Menschenrechtsübereinkommens handelt, liegt es nahe, sich zunächst mit den Bereichen zu befassen, in denen die Menschenrechte am wenigsten verwirklicht sind.


Ausblick

Die Verabschiedung der Konvention und ihre Eingliederung in die deutsche Rechtsordnung haben sehr unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Auf der einen Seite gibt es Begeisterung und große Erwartungen an die Umsetzung, auf der anderen Seite gibt es die Befürchtung, dass sie letztlich nur ein „Papiertiger“ ist und an den Lebensbedingungen der Menschen nichts ändern wird.


Die Konvention gibt den Auftrag, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Teilhabe in allen Bereichen ermöglicht wird, Menschen nicht
Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Präambel

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens –

a) unter Hinweis auf die in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Grundsätze, denen zufolge die Anerkennung der Würde und des Wertes, die allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft innewohnen, sowie ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,

b) in der Erkenntnis, dass die Vereinten Nationen in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in den Internationalen Menschenrechtspakten verkündet haben und übereingekommen sind, dass jeder Mensch ohne Unterschied Anspruch auf alle darin aufgeführten Rechte und Freiheiten hat,

c) bekräftigend, dass alle Menschenrechte und Grundfreiheiten allgemein gültig und unteilbar sind, einander bedingen und miteinander verknüpft sind und dass Menschen mit Behinderungen der volle Genuss dieser Rechte und Freiheiten ohne Diskriminierung garantiert werden muss,

d) unter Hinweis auf den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, das Übereinkommen über die Rechte des Kindes und das Internationale Übereinkommen zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen,

e) in der Erkenntnis, dass das Verständnis von Behinderung sich ständig weiterentwickelt und dass Behinderung aus der Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- und umweltbedingten Barrieren entsteht, die sie an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern,

f) in der Erkenntnis, dass die in dem Weltaktionsprogramm für Behinderte und den Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte enthaltenen Grundsätze und Leitlinien einen wichtigen Einfluss auf die Förderung, Ausarbeitung und Bewertung von politischen Konzepten, Plänen, Programmen und Maßnahmen auf einzelstaatlicher, regionaler und internationaler Ebene zur Verbesserung der Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen haben,

g) nachdrücklich darauf hinweisend, wie wichtig es ist, die Behinderungsthematik zu einem festen Bestandteil der einschlägigen Strategien der nachhaltigen Entwicklung zu machen,
h) **ebenso in der Erkenntnis**, dass jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung eine Verletzung der Würde und des Wertes darstellt, die jedem Menschen innewohnen,

i) **ferner in der Erkenntnis** der Vielfalt der Menschen mit Behinderungen,

j) **in Anerkenntung** der Notwendigkeit, die Menschenrechte aller Menschen mit Behinderungen, einschließlich derjenigen, die intensivere Unterstützung benötigen, zu fördern und zu schützen,

k) **besorgt** darüber, dass sich Menschen mit Behinderungen trotz dieser verschiedenen Dokumente und Verpflichtungen in allen Teilen der Welt nach wie vor Hindernissen für ihre Teilhabe als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft sowie Verletzungen ihrer Menschenrechte gegenübersehen,

l) **in Anerkenntung** der Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen mit Behinderungen in allen Ländern, insbesondere den Entwicklungsländern,

m) **in Anerkenntung** des wertvollen Beitrags, den Menschen mit Behinderungen zum allgemeinen Wohl und zur Vielfalt ihrer Gemeinschaften leisten und leisten können, und in der Erkenntnis, dass die Förderung des vollen Genusses der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch Menschen mit Behinderungen sowie ihrer uneingeschränkten Teilhabe ihr Zugehörigkeitsgefühl verstärken und zu erheblichen Fortschritten in der menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft und bei der Beseitigung der Armut führen wird,

n) **in der Erkenntnis**, wie wichtig die individuelle Autonomie und Unabhängigkeit für Menschen mit Behinderungen ist, einschließlich der Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen,

o) **in der Erwägung**, dass Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit haben sollen, aktiv an Entscheidungsprozessen über politische Konzepte und über Programme mitzuwirken, insbesondere wenn diese sie unmittelbar betreffen,

p) **besorgt** über die schwierigen Bedingungen, denen sich Menschen mit Behinderungen gegenübersehen, die mehrfachen oder verschärften Formen der Diskriminierung aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen, ethnischen, indigenen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt, des Alters oder des sonstigen Status ausgesetzt sind,

q) **in der Erkenntnis**, dass Frauen und Mädchen mit Behinderungen sowohl innerhalb als auch außerhalb ihres häuslichen Umfelds oft in stärkerem Maße durch Gewalt, Verletzung oder Missbrauch, Nichtbeachtung oder Vernachlässigung, Misshandlung oder Ausbeutung gefährdet sind,

r) **in der Erkenntnis**, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern alle Menschenrechte und Grundfreiheiten in vollem Umfang genießen sollen, und unter Hinweis auf die zu diesem Zweck von den Vertragsstaaten des Übereinkommens über die Rechte des Kindes eingegangenen Verpflichtungen,
s) **nachdrücklich darauf hinweisend**, dass es notwendig ist, bei allen Anstrengungen zur Förderung des vollen Genusses der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch Menschen mit Behinderungen die Geschlechterperspektive einzubeziehen,

t) **unter besonderem Hinweis darauf**, dass die Mehrzahl der Menschen mit Behinderungen in einem Zustand der Armut lebt, und diesbezüglich in der Erkenntnis, dass die nachteiligen Auswirkungen der Armut auf Menschen mit Behinderungen dringend angegangen werden müssen,

u) **in dem Bewusstsein**, dass Frieden und Sicherheit auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung der in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Ziele und Grundsätze sowie der Einhaltung der anwendbaren Übereinkünfte auf dem Gebiet der Menschenrechte unabdingbar sind für den umfassenden Schutz von Menschen mit Behinderungen, insbesondere in bewaffneten Konflikten oder während ausländischer Besetzung,

v) **in der Erkenntnis**, wie wichtig es ist, dass Menschen mit Behinderungen vollen Zugang zur physischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Umwelt, zu Gesundheit und Bildung sowie zu Information und Kommunikation haben, damit sie alle Menschenrechte und Grundfreiheiten voll genießen können,

w) **im Hinblick darauf**, dass der Einzelne gegenüber seinen Mitmenschen und der Gemeinschaft, der er angehört, Pflichten hat und gehalten ist, für die Förderung und Achtung der in der Internationalen Menschenrechtscharta anerkannten Rechte einzutreten,

x) **in der Überzeugung**, dass die Familie die natürliche Kernzelle der Gesellschaft ist und Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat hat und dass Menschen mit Behinderungen und ihre Familienangehörigen den erforderlichen Schutz und die notwendige Unterstützung erhalten sollen, um es den Familien zu ermöglichen, zum vollen und gleichberechtigten Genuss der Rechte der Menschen mit Behinderungen beizutragen,

y) **in der Überzeugung**, dass ein umfassendes und in sich geschlossenes internationales Übereinkommen zur Förderung und zum Schutz der Rechte und der Würde von Menschen mit Behinderungen sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den entwickelten Ländern einen maßgeblichen Beitrag zur Beseitigung der tiefgreifenden sozialen Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen leisten und ihre Teilhabe am bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben auf der Grundlage der Chancengleichheit fördern wird –

*haben Folgendes vereinbart:*

**Artikel 1**

**Zweck**

Zweck dieses Übereinkommens ist es, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern.
Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.

**Artikel 2**

**Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieses Übereinkommens

schließt „Kommunikation“ Sprachen, Textdarstellung, Brailleschrift, taktile Kommunikation, Großdruck, leicht zugängliches Multimedia sowie schriftliche, auditive, in einfache Sprache übersetzte, durch Vorleser zugänglich gemachte sowie ergänzende und alternative Formen, Mittel und Formate der Kommunikation, einschließlich leicht zugänglicher Informations- und Kommunikationstechnologie, ein;

schließt „Sprache“ gesprochene Sprachen sowie Gebärdensprachen und andere nicht gesprochene Sprachen ein;

bedeutet „Diskriminierung aufgrund von Behinderung“ jede Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung aufgrund von Behinderung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass das auf die Gleichberechtigung mit anderen gegründete Anerkennen, Genießen oder Ausüben aller Menschenrechte und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen oder jedem anderen Bereich beeinträchtigt oder vereitelt wird. Sie umfasst alle Formen der Diskriminierung, einschließlich der Versagung angemessener Vorkehrungen;

bedeutet „angemessene Vorkehrungen“ notwendige und geeignete Änderungen und Anpassungen, die keine unverhältnismäßige oder unbillige Belastung darstellen und die, wenn sie in einem bestimmten Fall erforderlich sind, vorgenommen werden, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen oder ausüben können;


**Artikel 3**

**Allgemeine Grundsätze**

Die Grundsätze dieses Übereinkommens sind:

a) die Achtung der dem Menschen innewohnenden Würde, seiner individuellen Autonomie, einschließlich der Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, sowie seiner Unabhängigkeit;

b) die Nichtdiskriminierung;

c) die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft;


d) die Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und die Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und der Menschheit;

e) die Chancengleichheit;

f) die Zugänglichkeit;

g) die Gleichberechtigung von Mann und Frau;

h) die Achtung vor den sich entwickelnden Fähigkeiten von Kindern mit Behinderungen und die Achtung ihres Rechts auf Wahrung ihrer Identität.

**Artikel 4**

**Allgemeine Verpflichtungen**

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die volle Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen ohne jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung zu gewährleisten und zu fördern. Zu diesem Zweck verpflichten sich die Vertragsstaaten,

a) alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Umsetzung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte zu treffen;

b) alle geeigneten Maßnahmen einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen zur Änderung oder Aufhebung bestehender Gesetze, Verordnungen, Gepflogenheiten und Praktiken zu treffen, die eine Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen darstellen;

c) den Schutz und die Förderung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen in allen politischen Konzepten und allen Programmen zu berücksichtigen;

d) Handlungen oder Praktiken, die mit diesem Übereinkommen unvereinbar sind, zu unterlassen und dafür zu sorgen, dass die staatlichen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Einklang mit diesem Übereinkommen handeln;

e) alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung aufgrund von Behinderung durch Personen, Organisationen oder private Unternehmen zu ergreifen;


g) Forschung und Entwicklung für neue Technologien, die für Menschen mit Behinderungen geeignet sind, einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien, Mobilitätshilfen, Geräten und unterstützenden Technologien, zu betreiben oder zu fördern sowie ihre Verfügbarkeit und Nutzung zu fördern und dabei Technologien zu erschwinglichen Kosten den Vorrang zu geben;
b) für Menschen mit Behinderungen zugängliche Informationen über Mobilitäts-
hilfen, Geräte und unterstützende Technologien, einschließlich neuer Technologien,
sowie andere Formen von Hilfe, Unterstützungsdiesten und Einrichtungen zur Verfü-
gung zu stellen;

i) die Schulung von Fachkräften und anderem mit Menschen mit Behinderungen
arbeitendem Personal auf dem Gebiet der in diesem Übereinkommen anerkannten
Rechte zu fördern, damit die aufgrund dieser Rechte garantierten Hilfen und Dienste
besser geleistet werden können.

(2) Hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verpflichtet
sich jeder Vertragsstaat, unter Ausschöpfung seiner verfügbaren Mittel und erforder-
lichenfalls im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit Maßnahmen zu treffen,
um nach und nach die volle Verwirklichung dieser Rechte zu erreichen, unbeschadet
derjenigen Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen, die nach dem Völkerrecht
sofort anwendbar sind.

(3) Bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen
Konzepten zur Durchführung dieses Übereinkommens und bei anderen Entschei-
dungsprozessen in Fragen, die Menschen mit Behinderungen betreffen, führen die Ver-
tragsstaaten mit den Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kindern mit Behin-
derungen, über die sie vertretenden Organisationen enge Konsultationen und beziehen
sie aktiv ein.

(4) Dieses Übereinkommen lässt zur Verwirklichung der Rechte von Menschen mit
Behinderungen better geeignete Bestimmungen, die im Recht eines Vertragsstaats oder
in dem für diesen Staat geltenden Völkerrecht enthalten sind, unberührt. Die in einem
Vertragsstaat durch Gesetze, Übereinkommen, Verordnungen oder durch Gewohn-
heitsrecht anerkannten oder bestehenden Menschenrechte und Grundfreiheiten dür-
fen nicht unter dem Vorwand beschränkt oder außer Kraft gesetzt werden, dass dieses
Übereinkommen derartige Rechte oder Freiheiten nicht oder nur in einem geringeren
Ausmaß anerkenne.

(5) Die Bestimmungen dieses Übereinkommens gelten ohne Einschränkung oder
Ausnahme für alle Teile eines Bundesstaats.

**Artikel 5**

**Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung**

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind,
vom Gesetz gleich zu behandeln sind und ohne Diskriminierung Anspruch auf glei-
chen Schutz durch das Gesetz und gleiche Vorteile durch das Gesetz haben.

(2) Die Vertragsstaaten verbieten jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung
und garantieren Menschen mit Behinderungen gleichen und wirksamen rechtlichen
Schutz vor Diskriminierung, gleichviel aus welchen Gründen.

(3) Zur Förderung der Gleichberechtigung und zur Beseitigung von Diskriminierung
unternehmen die Vertragsstaaten alle geeigneten Schritte, um die Bereitstellung ange-
messener Vorkehrungen zu gewährleisten.
(4) Besondere Maßnahmen, die zur Beschleunigung oder Herbeiführung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen erforderlich sind, gelten nicht als Diskriminierung im Sinne dieses Übereinkommens.

Artikel 6  
Frauen mit Behinderungen

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen, dass Frauen und Mädchen mit Behinderungen mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt sind, und ergreifen in dieser Hinsicht Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass sie alle Menschenrechte und Grundfreiheiten voll und gleichberechtigt genießen können.

(2) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Sicherung der vollen Entfaltung, der Förderung und der Stärkung der Autonomie der Frauen, um zu garantieren, dass sie in diesem Übereinkommen genannten Menschenrechte und Grundfreiheiten ausüben und genießen können.

Artikel 7  
Kinder mit Behinderungen

(1) Die Vertragsstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen können.

(2) Bei allen Maßnahmen, die Kinder mit Behinderungen betreffen, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.

(3) Die Vertragsstaaten gewährleisten, dass Kinder mit Behinderungen das Recht haben, ihre Meinung in allen sie berührenden Angelegenheiten gleichberechtigt mit anderen Kindern frei zu äußern, wobei ihre Meinung angemessen und entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife berücksichtigt wird, und behinderungsgerechte sowie altersgemäße Hilfe zu erhalten, damit sie dieses Recht verwirklichen können.

Artikel 8  
Bewusstseinsbildung

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, sofortige, wirksame und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um

a) in der gesamten Gesellschaft, einschließlich auf der Ebene der Familien, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern;

b) Klischees, Vorurteile und schädliche Praktiken gegenüber Menschen mit Behinderungen, einschließlich aufgrund des Geschlechts oder des Alters, in allen Lebensbereichen zu bekämpfen;

c) das Bewusstsein für die Fähigkeiten und den Beitrag von Menschen mit Behinderungen zu fördern.

(2) Zu den diesbezüglichen Maßnahmen gehören
a) die Einleitung und dauerhafte Durchführung wirksamer Kampagnen zur Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit mit dem Ziel,

i) die Aufgeschlossenheit gegenüber den Rechten von Menschen mit Behinderungen zu erhöhen,

ii) eine positive Wahrnehmung von Menschen mit Behinderungen und ein größeres gesellschaftliches Bewusstsein ihnen gegenüber zu fördern,

iii) die Anerkennung der Fertigkeiten, Verdienste und Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen und ihres Beitrags zur Arbeitswelt und zum Arbeitsmarkt zu fördern;

b) die Förderung einer respektvollen Einstellung gegenüber den Rechten von Menschen mit Behinderungen auf allen Ebenen des Bildungssystems, auch bei allen Kindern von früher Kindheit an;

c) die Aufforderung an alle Medienorgane, Menschen mit Behinderungen in einer dem Zweck dieses Übereinkommens entsprechenden Weise darzustellen;

d) die Förderung von Schulungsprogrammen zur Schärfung des Bewusstseins für Menschen mit Behinderungen und für deren Rechte.

Artikel 9
Zugänglichkeit


a) Gebäude, Straßen, Transportmittel sowie andere Einrichtungen in Gebäuden und im Freien, einschließlich Schulen, Wohnhäusern, medizinischer Einrichtungen und Arbeitsstätten;

b) Informations-, Kommunikations- und andere Dienste, einschließlich elektronischer Dienste und Notdienste.

(2) Die Vertragsstaaten treffen außerdem geeignete Maßnahmen,

a) um Mindeststandards und Leitlinien für die Zugänglichkeit von Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, auszuarbeiten und zu erlassen und ihre Anwendung zu überwachen;

b) um sicherzustellen, dass private Rechtsträger, die Einrichtungen und Dienste, die der Öffentlichkeit offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, anbieten, alle Aspekte der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen berücksichtigen;
c) um betroffenen Kreisen Schulungen zu Fragen der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen anzubieten;

d) um in Gebäuden und anderen Einrichtungen, die der Öffentlichkeit offenstehen, Beschilderungen in Brailleschrift und in leicht lesbarer und verständlicher Form anzu-

bringern;

e) um menschliche und tierische Hilfe sowie Mittelpersonen, unter anderem Per-

sonen zum Führen und Vorlesen sowie professionelle Gebärdensprachdolmetscher

und -dolmetscherinnen, zur Verfügung zu stellen mit dem Ziel, den Zugang zu Gebäu-

den und anderen Einrichtungen, die der Öffentlichkeit offenstehen, zu erleichtern;

f) um andere geeignete Formen der Hilfe und Unterstützung für Menschen mit

Behinderungen zu fördern, damit ihr Zugang zu Informationen gewährleistet wird;

g) um den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu den neuen Informations-

und Kommunikationstechnologien und -systemen, einschließlich des Internets, zu för-

dern;

h) um die Gestaltung, die Entwicklung, die Herstellung und den Vertrieb zugängli-

cher Informations- und Kommunikationstechnologien und -systeme in einem frühen

Stadium zu fördern, sodass deren Zugänglichkeit mit möglichst geringem Kostenauf-

wand erreicht wird.

Artikel 10

Recht auf Leben

Die Vertragsstaaten bekräftigen, dass jeder Mensch ein angeborenes Recht auf Leben

hat, und treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um den wirksamen und gleichbe-

rechtigten Genuss dieses Rechts durch Menschen mit Behinderungen zu gewährlei-

sten.

Artikel 11

Gefahrsituationen und humanitäre Notlagen

Die Vertragsstaaten ergreifen im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Völker-

recht, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschen-

rechtsnormen, alle erforderlichen Maßnahmen, um in Gefahrsituationen, ein-

schließlich bewaffneter Konflikte, humanitärer Notlagen und Naturkatastrophen, den

Schutz und die Sicherheit von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

Artikel 12

Gleiche Anerkennung vor dem Recht

(1) Die Vertragsstaaten bekräftigen, dass Menschen mit Behinderungen das Recht

haben, überall als Rechtssubjekt anerkannt zu werden.

(2) Die Vertragsstaaten anerkennen, dass Menschen mit Behinderungen in allen Le-

bensbereichen gleichberechtigt mit anderen Rechts- und Handlungsfähigkeit genie-

ßen.
(3) Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen Zugang zu der Unterstützung zu verschaffen, die sie bei der Ausübung ihrer Rechts- und Handlungsfähigkeit gegebenenfalls benötigen.


(5) Vorbehaltlich dieses Artikels treffen die Vertragsstaaten alle geeigneten und wirksamen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen das gleiche Recht wie andere haben, Eigentum zu besitzen oder zu erben, ihre finanziellen Angelegenheiten selbst zu regeln und gleichen Zugang zu Bankdarlehen, Hypotheken und anderen Finanzkrediten zu haben, und gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen nicht willkürlich ihr Eigentum entzogen wird.

**Artikel 13**

**Zugang zur Justiz**

(1) Die Vertragsstaaten gewährleisten Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksamen Zugang zur Justiz, unter anderem durch verfahrensbezogene und altersgemäße Vorkehrungen, um ihre wirksame unmittelbare und mittelbare Teilnahme, einschließlich als Zeugen und Zeuginnen, an allen Gerichtsverfahren, auch in der Ermittlungsphase und in anderen Vorverfahrensphasen, zu erleichtern.

(2) Um zur Gewährleistung des wirksamen Zugangs von Menschen mit Behinderungen zur Justiz beizutragen, fördern die Vertragsstaaten geeignete Schulungen für die im Justizwesen tätigen Personen, einschließlich des Personals von Polizei und Strafvollzug.

**Artikel 14**

**Freiheit und Sicherheit der Person**

(1) Die Vertragsstaaten gewährleisten,

   a) dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit genießen;

   b) dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen die Freiheit nicht rechtswidrig oder willkürlich entzogen wird, dass jede Freiheitsentziehung im Einklang mit dem Gesetz erfolgt und dass das Vorliegen einer Behinderung in keinem Fall eine Freiheitsentziehung rechtfertigt.
(2) Die Vertragsstaaten gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen, denen aufgrund eines Verfahrens ihre Freiheit entzogen wird, gleichberechtigten Anspruch auf die in den internationalen Menschenrechtsnormen vorgesehenen Garantien haben und im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen dieses Übereinkommens behandelt werden, einschließlich durch die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen.

**Artikel 15**

**Freiheit von Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe**

(1) Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden. Insbesondere darf niemand ohne seine freiwillige Zustimmung medizinischen oder wissenschaftlichen Versuchen unterworfen werden.

(2) Die Vertragsstaaten treffen alle wirksamen gesetzgeberischen, verwaltungsmaßigen, gerichtlichen oder sonstigen Maßnahmen, um auf der Grundlage der Gleichbe rechtigung zu verhindern, dass Menschen mit Behinderungen der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

**Artikel 16**

**Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch**

(1) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Sozial-, Bildungs- und sonstigen Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Wohnung vor jeder Form von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch, einschließlich ihrer geschlechtsspezifischen Aspekte, zu schützen.


(3) Zur Verhinderung jeder Form von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch stellen die Vertragsstaaten sicher, dass alle Einrichtungen und Programme, die für Menschen mit Behinderungen bestimmt sind, wirksam von unabhängigen Behörden überwacht werden.

Die Vertragsstaaten schaffen wirksame Rechtsvorschriften und politische Konzepte, einschließlich solcher, die auf Frauen und Kinder ausgerichtet sind, um sicherzustellen, dass Fälle von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch gegenüber Menschen mit Behinderungen erkannt, untersucht und gegebenenfalls strafrechtlich verfolgt werden.

Artikel 17
Schutz der Unversehrtheit der Person
Jeder Mensch mit Behinderungen hat gleichberechtigt mit anderen das Recht auf Achtung seiner körperlichen und seelischen Unversehrtheit.

Artikel 18
Freizügigkeit und Staatsangehörigkeit

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Freizügigkeit, auf freie Wahl ihres Aufenthaltsorts und auf eine Staatsangehörigkeit, indem sie unter anderem gewährleisten, dass

a) Menschen mit Behinderungen das Recht haben, eine Staatsangehörigkeit zu erwerben und ihre Staatsangehörigkeit zu wechseln, und dass ihnen diese nicht willkürlich oder aufgrund von Behinderung entzogen wird;

b) Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung die Möglichkeit versagt wird, Dokumente zum Nachweis ihrer Staatsangehörigkeit oder andere Identitätsdokumente zu erhalten, zu besitzen und zu verwenden oder einschlägige Verfahren wie Einwanderungsverfahren in Anspruch zu nehmen, die gegebenenfalls erforderlich sind, um die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit zu erleichtern;

c) Menschen mit Behinderungen die Freiheit haben, jedes Land einschließlich ihres eigenen zu verlassen;

d) Menschen mit Behinderungen nicht willkürlich oder aufgrund von Behinderung das Recht entzogen wird, in ihr eigenes Land einzureisen.

(2) Kinder mit Behinderungen sind unverzüglich nach ihrer Geburt in ein Register einzutragen und haben das Recht auf einen Namen von Geburt an, das Recht, eine Staatsangehörigkeit zu erwerben, und soweit möglich das Recht, ihre Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden.

Artikel 19
Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft
Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens anerkennen das gleiche Recht aller Menschen mit Behinderungen, mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben, und treffen wirksame und geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen den vollen Genuss dieses Rechts und ihre volle Einbeziehung in die Gemeinschaft und Teilhabe an der Gemeinschaft zu erleichtern, indem sie unter anderem gewährleisten, dass
a) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben;


c) gemeindeähe Dienstleistungen und Einrichtungen für die Allgemeinheit Menschen mit Behinderungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zur Verfügung stehen und ihren Bedürfnissen Rechnung tragen.

**Artikel 20**

**Persönliche Mobilität**

Die Vertragsstaaten treffen wirksame Maßnahmen, um für Menschen mit Behinderungen persönliche Mobilität mit größtmöglicher Unabhängigkeit sicherzustellen, indem sie unter anderem

a) die persönliche Mobilität von Menschen mit Behinderungen in der Art und Weise und zum Zeitpunkt ihrer Wahl und zu erschwinglichen Kosten erleichtern;

b) den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu hochwertigen Mobilitätshilfen, Geräten, unterstützenden Technologien und menschlicher und tierischer Hilfe sowie Mittelpersonen erleichtern, auch durch deren Bereitstellung zu erschwinglichen Kosten;

c) Menschen mit Behinderungen und Fachkräften, die mit Menschen mit Behinderungen arbeiten, Schulungen in Mobilitätsfertigkeiten anbieten;

d) Hersteller von Mobilitätshilfen, Geräten und unterstützenden Technologien ermutigen, alle Aspekte der Mobilität für Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen.

**Artikel 21**

**Recht der freien Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen**

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen das Recht auf freie Meinungsäußerung und Meinungsfreiheit, einschließlich der Freiheit, Informationen und Gedankengut sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben, gleichberechtigt mit anderen und durch alle von ihnen gewählten Formen der Kommunikation im Sinne des Artikels 2 ausüben können, unter anderem indem sie

a) Menschen mit Behinderungen für die Allgemeinheit bestimmte Informationen rechtzeitig und ohne zusätzliche Kosten in zugänglichen Formaten und Technologien, die für unterschiedliche Arten der Behinderung geeignet sind, zur Verfügung stellen;
b) im Umgang mit Behörden die Verwendung von Gebärdensprachen, Brailleschrift, ergänzenden und alternativen Kommunikationsformen und allen sonstigen selbst gewählten zugänglichen Mitteln, Formen und Formaten der Kommunikation durch Menschen mit Behinderungen akzeptieren und erleichtern;

c) private Rechtsträger, die, einschließlich durch das Internet, Dienste für die Allgemeinheit anbieten, dringend dazu auffordern, Informationen und Dienstleistungen in Formaten zur Verfügung zu stellen, die für Menschen mit Behinderungen zugänglich und nutzbar sind;

d) die Massenmedien, einschließlich der Anbieter von Informationen über das Internet, dazu auffordern, ihre Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu gestalten;

e) die Verwendung von Gebärdensprachen anerkennen und fördern.

Artikel 22
Achtung der Privatsphäre


(2) Die Vertragsstaaten schützen auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen die Vertraulichkeit von Informationen über die Person, die Gesundheit und die Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen.

Artikel 23
Achtung der Wohnung und der Familie

(1) Die Vertragsstaaten treffen wirksame und geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen in allen Fragen, die Ehe, Familie, Elternschaft und Partnerschaften betreffen, um zu gewährleisten, dass

a) das Recht aller Menschen mit Behinderungen im heiratsfähigen Alter, auf der Grundlage des freien und vollen Einverständnisses der künftigen Ehegatten eine Ehe zu schließen und eine Familie zu gründen, anerkannt wird;

b) das Recht von Menschen mit Behinderungen auf freie und verantwortungsbewusste Entscheidung über die Anzahl ihrer Kinder und die Geburtenabstände sowie auf Zugang zu altersgemäßer Information sowie Aufklärung über Fortpflanzung und Familienplanung anerkannt wird und ihnen die notwendigen Mittel zur Ausübung dieser Rechte zur Verfügung gestellt werden;

c) Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kindern, gleichberechtigt mit anderen ihre Fruchtbarkeit behalten.


(5) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, in Fällen, in denen die nächsten Familienangehörigen nicht in der Lage sind, für ein Kind mit Behinderungen zu sorgen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um andere Formen der Betreuung innerhalb der weiteren Familie und, falls dies nicht möglich ist, innerhalb der Gemeinschaft in einem familienähnlichen Umfeld zu gewährleisten.

Artikel 24
Bildung

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen mit dem Ziel,

a) die menschlichen Möglichkeiten sowie das Bewusstsein der Würde und das Selbstwertgefühl des Menschen voll zur Entfaltung zu bringen und die Achtung vor den Menschenrechten, den Grundfreiheiten und der menschlichen Vielfalt zu stärken;

b) Menschen mit Behinderungen ihre Persönlichkeit, ihre Begabungen und ihre Kreativität sowie ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen zu lassen;

c) Menschen mit Behinderungen zur wirklichen Teilhabe an einer freien Gesellschaft zu befähigen.

(2) Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass

a) Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden und dass Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden;
b) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben;

c) angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des Einzelnen getroffen werden;

d) Menschen mit Behinderungen innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet wird, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern;

e) in Übereinstimmung mit dem Ziel der vollständigen Integration wirksame individuell angepasste Unterstützungsmaßnahmen in einem Umfeld, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet, angeboten werden.

(3) Die Vertragsstaaten ermöglichen Menschen mit Behinderungen, lebenspraktische Fertigkeiten und soziale Kompetenzen zu erwerben, um ihre volle und gleichberechtigte Teilhabe an der Bildung und als Mitglieder der Gemeinschaft zu erleichtern. Zu diesem Zweck ergreifen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen; unter anderem

a) erleichtern sie das Erlernen von Brailleschrift, alternativer Schrift, ergänzenden und alternativen Formen, Mitteln und Formaten der Kommunikation, den Erwerb von Orientierungs- und Mobilitätsfertigkeiten sowie die Unterstützung durch andere Menschen mit Behinderungen und das Mentoring;

b) erleichtern sie das Erlernen der Gebärdensprache und die Förderung der sprachlichen Identität der Gehörlosen;

c) stellen sie sicher, dass blinden, gehörlosen oder taubblinden Menschen, insbesondere Kindern, Bildung in den Sprachen und Kommunikationsformen und mit den Kommunikationsmitteln, die für den Einzelnen am besten geeignet sind, sowie in einem Umfeld vermittelt wird, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet.

(4) Um zur Verwirklichung dieses Rechts beizutragen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen zur Einstellung von Lehrkräften, einschließlich solcher mit Behinderungen, die in Gebärdensprache oder Brailleschrift ausgebildet sind, und zur Schulung von Fachkräften sowie Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auf allen Ebenen des Bildungswesens. Diese Schulung schließt die Schärfung des Bewusstseins für Behinderungen und die Verwendung geeigneter ergänzender und alternativer Formen, Mittel und Formate der Kommunikation sowie pädagogische Verfahren und Materialien zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen ein.


**Artikel 25**

**Gesundheit**

Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit ohne Diskriminierung aufgrund von Behinde-
Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu geschlechtsspezifischen Gesundheitsdiensten, einschließlich gesundheitlicher Rehabilitation, haben. Insbesondere

a) stellen die Vertragsparteien Menschen mit Behinderungen eine unentgeltliche oder erschwingliche Gesundheitsversorgung in derselben Bandbreite, von derselben Qualität und auf demselben Standard zur Verfügung wie anderen Menschen, einschließlich sexual- und fortpflanzungsmedizinischer Gesundheitsleistungen und der Gesamtbevölkerung zur Verfügung stehender Programme des öffentlichen Gesundheitswesens;

b) bieten die Vertragsstaaten die Gesundheitsleistungen an, die von Menschen mit Behinderungen speziell wegen ihrer Behinderungen benötigt werden, soweit angebracht, einschließlich Früherkennung und Frühintervention, sowie Leistungen, durch die, auch bei Kindern und älteren Menschen, weitere Behinderungen möglichst gering gehalten oder vermieden werden sollen;

c) bieten die Vertragsstaaten diese Gesundheitsleistungen so gemeindenah wie möglich an, auch in ländlichen Gebieten;

d) erlegen die Vertragsstaaten den Angehörigen der Gesundheitsberufe die Verpflichtung auf, Menschen mit Behinderungen eine Versorgung von gleicher Qualität wie anderen Menschen angemessen zu lassen, namentlich auf der Grundlage der freien Einwilligung nach vorheriger Aufklärung, indem sie unter anderem durch Schulungen und den Erlass ethischer Normen für die staatliche und private Gesundheitsversorgung das Bewusstsein für die Menschenrechte, die Würde, die Autonomie und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen schärfen;

e) verbieten die Vertragsstaaten die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen in der Krankenversicherung und in der Lebensversicherung, soweit eine solche Versicherung nach innerstaatlichem Recht zulässig ist; solche Versicherungen sind zu fairen und angemessenen Bedingungen anzubieten;

f) verhindern die Vertragsstaaten die diskriminierende Vorenthaltung von Gesundheitsversorgung oder -leistungen oder von Nahrungsmitteln und Flüssigkeiten aufgrund von Behinderung.

Artikel 26
Habilitation und Rehabilitation

(1) Die Vertragsstaaten treffen wirksame und geeignete Maßnahmen, einschließlich durch die Unterstützung durch andere Menschen mit Behinderungen, um Menschen mit Behinderungen in die Lage zu versetzen, ein Höchstmaß an Unabhängigkeit, umfassende körperliche, geistige, soziale und berufliche Fähigkeiten sowie die volle Einbeziehung in alle Aspekte des Lebens und die volle Teilhabe an allen Aspekten des Lebens zu erreichen und zu bewahren. Zu diesem Zweck organisieren, stärken und erweitern die Vertragsstaaten umfassende Habilitations- und Rehabilitationsdienste und -programme, insbesondere auf dem Gebiet der Gesundheit, der Beschäftigung, der Bildung und der Sozialdienste, und zwar so, dass diese Leistungen und Programme

a) im frühestmöglichen Stadium einsetzen und auf einer multidisziplinären Bewertung der individuellen Bedürfnisse und Stärken beruhen;
b) die Einbeziehung in die Gemeinschaft und die Gesellschaft in allen ihren Aspekten sowie die Teilhabe daran unterstützen, freiwillig sind und Menschen mit Behinderungen so gemeindenah wie möglich zur Verfügung stehen, auch in ländlichen Gebieten.

(2) Die Vertragsstaaten fördern die Entwicklung der Aus- und Fortbildung für Fachkräfte und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Habilitations- und Rehabilitationsdiensten.

(3) Die Vertragsstaaten fördern die Verfügbarkeit, die Kenntnis und die Verwendung unterstützender Geräte und Technologien, die für Menschen mit Behinderungen bestimmt sind, für die Zwecke der Habilitation und Rehabilitation.

**Artikel 27**

**Arbeit und Beschäftigung**

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit; dies beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, integrierenden und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird. Die Vertragsstaaten sichern und fördern die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, einschließlich für Menschen, die während der Beschäftigung eine Behinderung erwerben, durch geeignete Schritte, einschließlich des Erlasses von Rechtsvorschriften, um unter anderem

a) Diskriminierung aufgrund von Behinderung in allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit einer Beschäftigung gleich welcher Art, einschließlich der Auswahl-, Einstellungs- und Beschäftigungsbedingungen, der Weiterbeschäftigung, des beruflichen Aufstiegs sowie sicherer und gesunder Arbeitsbedingungen, zu verbieten;

b) das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen, einschließlich Chancengleichheit und gleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit, auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, einschließlich Schutz vor Belästigungen, und auf Abhilfe bei Missständen zu schützen;

c) zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen ihre Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte gleichberechtigt mit anderen ausüben können;

d) Menschen mit Behinderungen wirksamen Zugang zu allgemeinen fachlichen und beruflichen Beratungsprogrammen, Stellenvermittlung sowie Berufsausbildung und Weiterbildung zu ermöglichen;

e) für Menschen mit Behinderungen Beschäftigungsmöglichkeiten und beruflichen Aufstieg auf dem Arbeitsmarkt sowie die Unterstützung bei der Arbeitssuche, beim Erhalt und der Beibehaltung eines Arbeitsplatzes und beim beruflichen Wiedereinstieg zu fördern;

f) Möglichkeiten für Selbständigkeit, Unternehmertum, die Bildung von Genossenschaften und die Gründung eines eigenen Geschäfts zu fördern;

g) Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Sektor zu beschäftigen;
(b) die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im privaten Sektor durch geeignete Strategien und Maßnahmen zu fördern, wozu auch Programme für positive Maßnahmen, Anreize und andere Maßnahmen gehören können;

(i) sicherzustellen, dass am Arbeitsplatz angemessene Vorkehrungen für Menschen mit Behinderungen getroffen werden;

(j) das Sammeln von Arbeitserfahrung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt durch Menschen mit Behinderungen zu fördern;

(k) Programme für die berufliche Rehabilitation, den Erhalt des Arbeitsplatzes und den beruflichen Wiedereinstieg von Menschen mit Behinderungen zu fördern.

(2) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Menschen mit Behinderungen nicht in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden und dass sie gleichberechtigt mit anderen vor Zwangs- oder Pflichtarbeit geschützt werden.

Artikel 28
Angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf einen angemessenen Lebensstandard für sich selbst und ihre Familien, einschließlich angemessener Ernährung, Bekleidung und Wohnung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen und unternehmen geeignete Schritte zum Schutz und zur Förderung der Verwirklichung dieses Rechts ohne Diskriminierung aufgrund von Behinderung.

(2) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf sozialen Schutz und den Genuss dieses Rechts ohne Diskriminierung aufgrund von Behinderung und unternehmen geeignete Schritte zum Schutz und zur Förderung der Verwirklichung dieses Rechts, einschließlich Maßnahmen, um

a) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigten Zugang zur Versorgung mit sauberem Wasser und den Zugang zu geeigneten und erschwinglichen Dienstleistungen, Geräten und anderen Hilfen für Bedürfnisse im Zusammenhang mit ihrer Behinderung zu sichern;

b) Menschen mit Behinderungen, insbesondere Frauen und Mädchen sowie älteren Menschen mit Behinderungen, den Zugang zu Programmen für sozialen Schutz und Programmen zur Armutsbekämpfung zu sichern;

c) in Armut lebenden Menschen mit Behinderungen und ihren Familien den Zugang zu staatlicher Hilfe bei behinderungsbedingten Aufwendungen, einschließlich ausreichender Schulung, Beratung, finanzieller Unterstützung sowie Kurzzeitbetreuung, zu sichern;

d) Menschen mit Behinderungen den Zugang zu Programmen des sozialen Wohnungsbaus zu sichern;

e) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigten Zugang zu Leistungen und Programmen der Altersversorgung zu sichern.
Artikel 29
Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben

Die Vertragsstaaten garantieren Menschen mit Behinderungen die politischen Rechte sowie die Möglichkeit, diese gleichberechtigt mit anderen zu genießen, und verpflichten sich,

a) sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können, sei es unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter oder Vertreterinnen, was auch das Recht und die Möglichkeit einschließt, zu wählen und gewählt zu werden; unter anderem

i) stellen sie sicher, dass die Wahlverfahren, -einrichtungen und -materialien geeignet, zugänglich und leicht zu verstehen und zu handhaben sind;

ii) schützen sie das Recht von Menschen mit Behinderungen, bei Wahlen und Volksabstimmungen in geheimer Abstimmung ohne Einschüchterung ihre Stimme abzugeben, bei Wahlen zu kandidieren, ein Amt wirksam innezuhaben und alle öffentlichen Aufgaben auf allen Ebenen staatlicher Tätigkeit wahrzunehmen, indem sie gegebenenfalls die Nutzung unterstützender und neuer Technologien erleichtern;

iii) garantieren sie die freie Willensäußerung von Menschen mit Behinderungen als Wähler und Wählerinnen und erlauben zu diesem Zweck im Bedarfsfall auf Wunsch, dass sie sich bei der Stimmabgabe durch eine Person ihrer Wahl unterstützen lassen;

b) aktiv ein Umfeld zu fördern, in dem Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten mitwirken können, und ihre Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten zu begünstigen, unter anderem

i) die Mitarbeit in nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen, die sich mit dem öffentlichen und politischen Leben ihres Landes befassen, und an den Tätigkeiten und der Verwaltung politischer Parteien;

ii) die Bildung von Organisationen von Menschen mit Behinderungen, die sie auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene vertreten, und den Beitritt zu solchen Organisationen.

Artikel 30
Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen, gleichberechtigt mit anderen am kulturellen Leben teilzunehmen, und treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen

a) Zugang zu kulturelem Material in zugänglichen Formaten haben;

b) Zugang zu Fernsehprogrammen, Filmen, Theatervorstellungen und anderen kulturellen Aktivitäten in zugänglichen Formaten haben;
c) Zugang zu Orten kultureller Darbietungen oder Dienstleistungen, wie Theatern, Museen, Kinos, Bibliotheken und Tourismusdiensten, sowie, so weit wie möglich, zu Denkmälern und Stätten von nationaler kultureller Bedeutung haben.

(2) Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, ihr kreatives, künstlerisches und intellektuelles Potenzial zu entfalten und zu nutzen, nicht nur für sich selbst, sondern auch zur Bereicherung der Gesellschaft.


(4) Menschen mit Behinderungen haben gleichberechtigt mit anderen Anspruch auf Anerkennung und Unterstützung ihrer spezifischen kulturellen und sprachlichen Identität, einschließlich der Gebärdensprachen und der Gehörlosenkultur.

(5) Mit dem Ziel, Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilnahme an Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen,

\begin{itemize}
  \item[a)] um Menschen mit Behinderungen zu ermutigen, so umfassend wie möglich an breitensportlichen Aktivitäten auf allen Ebenen teilzunehmen, und ihre Teilnahme zu fördern;
  
  \item[b)] um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit haben, behinderungsspezifische Sport- und Erholungsaktivitäten zu organisieren, zu entwickeln und an solchen teilzunehmen, und zu diesem Zweck die Bereitstellung eines geeigneten Angebots an Anleitung, Training und Ressourcen auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen zu fördern;
  
  \item[c)] um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu Sport-, Erholungs- und Tourismusstätten haben;
  
  \item[d)] um sicherzustellen, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern an Spiel-, Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten teilnehmen können, einschließlich im schulischen Bereich;
  
  \item[e)] um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu Dienstleistungen der Organisatoren von Erholungs-, Tourismus-, Freizeit- und Sportaktivitäten haben.
\end{itemize}

**Artikel 31**

Statistik und Datensammlung

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich zur Sammlung geeigneter Informationen, einschließlich statistischer Angaben und Forschungsdaten, die ihnen ermöglichen, politische Konzepte zur Durchführung dieses Übereinkommens auszuarbeiten und umzusetzen. Das Verfahren zur Sammlung und Aufbewahrung dieser Informationen muss
mit den gesetzlichen Schutzvorschriften, einschließlich der Rechtsvorschriften über den Datenschutz, zur Sicherung der Vertraulichkeit und der Achtung der Privatsphäre von Menschen mit Behinderungen im Einklang stehen;

b) mit den international anerkannten Normen zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und den ethischen Grundsätzen für die Sammlung und Nutzung statistischer Daten im Einklang stehen.

(2) Die im Einklang mit diesem Artikel gesammelten Informationen werden, soweit angebracht, aufgeschlüsselt und dazu verwendet, die Umsetzung der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen durch die Vertragsstaaten zu beurteilen und die Hindernisse, denen sich Menschen mit Behinderungen bei der Ausübung ihrer Rechte gegenübersehen, zu ermitteln und anzugehen.

(3) Die Vertragsstaaten übernehmen die Verantwortung für die Verbreitung dieser Statistiken und sorgen dafür, dass sie für Menschen mit Behinderungen und andere zugänglich sind.

Artikel 32
Internationale Zusammenarbeit


a) sicherzustellen, dass die internationale Zusammenarbeit, einschließlich internationaler Entwicklungsprogramme, Menschen mit Behinderungen einbezieht und für sie zugänglich ist;

b) den Aufbau von Kapazitäten zu erleichtern und zu unterstützen, unter anderem durch den Austausch und die Weitergabe von Informationen, Erfahrungen, Ausbildungsprogrammen und vorbildlichen Praktiken;

c) die Forschungszusammenarbeit und den Zugang zu wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen zu erleichtern;

d) soweit angebracht, technische und wirtschaftliche Hilfe zu leisten, unter anderem durch Erleichterung des Zugangs zu zugänglichen und unterstützenden Technologien und ihres Austauschs sowie durch Weitergabe von Technologien.

(2) Dieser Artikel berührt nicht die Pflicht jedes Vertragsstaats, seine Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen zu erfüllen.

Artikel 33
Innerstaatliche Durchführung und Überwachung

(1) Die Vertragsstaaten bestimmen nach Maßgabe ihrer staatlichen Organisation eine oder mehrere staatliche Anlaufstellen für Angelegenheiten im Zusammenhang
mit der Durchführung dieses Übereinkommens und prüfen sorgfältig die Schaffung oder Bestimmung eines staatlichen Koordinierungsm mechanismus, der die Durchführung der entsprechenden Maßnahmen in verschiedenen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen erleichtern soll.

Die Vertragsstaaten unterhalten, stärken, bestimmen oder schaffen nach Maßgabe ihres Rechts- und Verwaltungssystems auf einzelstaatlicher Ebene für die Förderung, den Schutz und die Überwachung der Durchführung dieses Übereinkommens eine Struktur, die, je nachdem, was angebracht ist, einen oder mehrere unabhängige Mechanismen einschließlich. Bei der Bestimmung oder Schaffung eines solchen Mechanismus berücksichtigen die Vertragsstaaten die Grundsätze betreffend die Rechtsstellung und die Arbeitsweise der einzelstaatlichen Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte.

Die Zivilgesellschaft, insbesondere Menschen mit Behinderungen und die sie vertretenden Organisationen, wird in den Überwachungsprozess einbezogen und nimmt in vollem Umfang daran teil.

**Artikel 34**

Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen

(1) Es wird ein Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (im Folgenden als „Ausschuss“ bezeichnet) eingerichtet, der die nachstehend festgelegten Aufgaben wahrnimmt.

(2) Der Ausschuss besteht zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens aus zwölf Sachverständigen. Nach sechzig weiteren Ratifikationen oder Beitritten zu dem Übereinkommen erhöht sich die Zahl der Ausschussmitglieder um sechs auf die Höchstzahl von achtzehn.


(4) Die Ausschussmitglieder werden von den Vertragsstaaten gewählt, wobei auf eine gerechte geografische Verteilung, die Vertretung der verschiedenen Kulturkreise und der hauptsächlichen Rechtssysteme, die ausgewogene Vertretung der Geschlechter und die Beteiligung von Sachverständigen mit Behinderungen zu achten ist.


(6) Die erste Wahl findet spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens statt. Spätestens vier Monate vor jeder Wahl fordert der Generalsekretär der
Vereinten Nationen die Vertragsstaaten schriftlich auf, innerhalb von zwei Monaten ihre Benennungen einzureichen. Der Generalsekretär fertigt sodann eine alphabetische Liste aller auf diese Weise benannten Personen an, unter Angabe der Vertragsstaaten, die sie benannt haben, und übermittelt sie den Vertragsstaaten.


(9) Wenn ein Ausschussmitglied stirbt oder zurücktritt oder erklärt, dass es aus anderen Gründen seine Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann, ernennt der Vertragsstaat, der das Mitglied benannt hat, für die verbleibende Amtszeit eine andere sachverständige Person, die über die Befähigungen verfügt und die Voraussetzungen erfüllt, die in den einschlägigen Bestimmungen dieses Artikels beschrieben sind.

(10) Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

(11) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen stellt dem Ausschuss das Personal und die Einrichtungen zur Verfügung, die dieser zur wirksamen Wahrnehmung seiner Aufgaben nach diesem Übereinkommen benötigt, und beruft seine erste Sitzung ein.


(13) Die Ausschussmitglieder haben Anspruch auf die Erleichterungen, Vorrechte und Immunitäten der Sachverständigen im Auftrag der Vereinten Nationen, die in den einschlägigen Abschnitten des Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen vorgesehen sind.

Artikel 35

Berichte der Vertragsstaaten

(1) Jeder Vertragsstaat legt dem Ausschuss über den Generalsekretär der Vereinten Nationen innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens für den betreffenden Vertragsstaat einen umfassenden Bericht über die Maßnahmen, die er zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Übereinkommen getroffen hat, und über die dabei erzielten Fortschritte vor.

(2) Danach legen die Vertragsstaaten mindestens alle vier Jahre und darüber hinaus jeweils auf Anforderung des Ausschusses Folgeberichte vor.

(3) Der Ausschuss beschließt gegebenenfalls Leitlinien für den Inhalt der Berichte.

(4) Ein Vertragsstaat, der dem Ausschuss einen ersten umfassenden Bericht vorgelegt hat, braucht in seinen Folgeberichten die früher mitgeteilten Angaben nicht zu wieder-
holen. Die Vertragsstaaten sind gebeten, ihre Berichte an den Ausschuss in einem offenen und transparenten Verfahren zu erstellen und dabei Artikel 4 Absatz 3 gebührend zu berücksichtigen.

(5) In den Berichten kann auf Faktoren und Schwierigkeiten hingewiesen werden, die das Ausmaß der Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen beeinflussen.

**Artikel 36**

**Prüfung der Berichte**

(1) Der Ausschuss prüft jeden Bericht; er kann ihn mit den ihm geeignet erscheinenden Vorschlägen und allgemeinen Empfehlungen versehen und leitet diese dem betreffenden Vertragsstaat zu. Dieser kann dem Ausschuss hierauf jede Information übermitteln, die er zu geben wünscht. Der Ausschuss kann die Vertragsstaaten um weitere Angaben über die Durchführung dieses Übereinkommens ersuchen.

(2) Liegt ein Vertragsstaat mit der Vorlage eines Berichts in erheblichem Rückstand, so kann der Ausschuss dem betreffenden Vertragsstaat notifizieren, dass die Durchführung dieses Übereinkommens im betreffenden Vertragsstaat auf der Grundlage der dem Ausschuss zur Verfügung stehenden zuverlässigen Informationen geprüft werden muss, falls der Bericht nicht innerhalb von drei Monaten nach dieser Notifikation vorgelegt wird. Der Ausschuss fordert den betreffenden Vertragsstaat auf, bei dieser Prüfung mitzuwirken. Falls der Vertragsstaat daraufhin den Bericht vorlegt, findet Absatz 1 Anwendung.

(3) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen stellt die Berichte allen Vertragsstaaten zur Verfügung.

(4) Die Vertragsstaaten sorgen für eine weite Verbreitung ihrer Berichte im eigenen Land und erleichtern den Zugang zu den Vorschlägen und allgemeinen Empfehlungen zu diesen Berichten.

(5) Der Ausschuss übermittelt, wenn er dies für angebracht hält, den Sonderorganisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen und anderen zuständigen Stellen Berichte der Vertragsstaaten, damit ein darin enthaltenes Ersuchen um fachliche Beratung oder Unterstützung oder ein darin enthaltener Hinweis, dass ein diesbezügliches Bedürfnis besteht, aufgegriffen werden kann; etwaige Bemerkungen und Empfehlungen des Ausschusses zu diesen Ersuchen oder Hinweisen werden beigefügt.

**Artikel 37**

**Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten und dem Ausschuss**

(1) Jeder Vertragsstaat arbeitet mit dem Ausschuss zusammen und ist seinen Mitgliedern bei der Erfüllung ihres Mandats behilflich.

(2) In seinen Beziehungen zu den Vertragsstaaten prüft der Ausschuss gebührend Möglichkeiten zur Stärkung der einzelstaatlichen Fähigkeiten zur Durchführung dieses Übereinkommens, einschließlich durch internationale Zusammenarbeit.
Artikel 38
Beziehungen des Ausschusses zu anderen Organen

Um die wirksame Durchführung dieses Übereinkommens und die internationale Zusammenarbeit auf dem von dem Übereinkommen erfassten Gebiet zu fördern,

a) haben die Sonderorganisationen und andere Organe der Vereinten Nationen das Recht, bei der Erörterung der Durchführung derjenigen Bestimmungen des Übereinkommens, die in ihren Aufgabenbereich fallen, vertreten zu sein. Der Ausschuss kann, wenn er dies für angebracht hält, Sonderorganisationen und andere zuständige Stellen einladen, sachkundige Stellungnahmen zur Durchführung des Übereinkommens auf Gebieten abzugeben, die in ihren jeweiligen Aufgabenbereich fallen. Der Ausschuss kann Sonderorganisationen und andere Organe der Vereinten Nationen einladen, ihm Berichte über die Durchführung des Übereinkommens auf den Gebieten vorzulegen, die in ihren Tätigkeitsbereich fallen;

b) konsultiert der Ausschuss bei der Wahrnehmung seines Mandats, soweit angebracht, andere einschlägige Organe, die durch internationale Menschenrechtsverträge geschaffen wurden, mit dem Ziel, die Kohärenz ihrer jeweiligen Berichterstattungsleitlinien, Vorschläge und allgemeinen Empfehlungen zu gewährleisten sowie Doppelungen und Überschneidungen bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu vermeiden.

Artikel 39
Bericht des Ausschusses


Artikel 40
Konferenz der Vertragsstaaten

(1) Die Vertragsstaaten treten regelmäßig in einer Konferenz der Vertragsstaaten zusammen, um jede Angelegenheit im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Übereinkommens zu behandeln.


Artikel 41
Verwahrer

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist Verwahrer dieses Übereinkommens.
Artikel 42
Unterzeichnung


Artikel 43
Zustimmung, gebunden zu sein

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten und der förmlichen Bestätigung durch die unterzeichnenden Organisationen der regionalen Integration. Es steht allen Staaten oder Organisationen der regionalen Integration, die das Übereinkommen nicht unterzeichnet haben, zum Beitritt offen.

Artikel 44
Organisationen der regionalen Integration


(2) Bezugsnahmen auf „Vertragsstaaten“ in diesem Übereinkommen finden auf solche Organisationen im Rahmen ihrer Zuständigkeit Anwendung.

(3) Für die Zwecke des Artikels 45 Absatz 1 und des Artikels 47 Absätze 2 und 3 wird eine von einer Organisation der regionalen Integration hinterlegte Urkunde nicht mitgezählt.

(4) Organisationen der regionalen Integration können in Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit ihr Stimmrecht in der Konferenz der Vertragsstaaten mit der Anzahl von Stimmen ausüben, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind. Diese Organisationen üben ihr Stimmrecht nicht aus, wenn einer ihrer Mitgliedstaaten sein Stimmrecht ausübt, und umgekehrt.

Artikel 45
Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der zwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat und jede Organisation der regionalen Integration, der beziehungsweise die dieses Übereinkommen nach Hinterlegung der zwanzigsten entsprechenden Urkunde ratifiziert, förmlich bestätigt oder ihm beitritt, tritt das Übereinkommen am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der eigenen Urkunde in Kraft.
Artikel 46

Vorbehalte

(1) Vorbehalte, die mit Ziel und Zweck dieses Übereinkommens unvereinbar sind, sind nicht zulässig.

(2) Vorbehalte können jederzeit zurückgenommen werden.

Artikel 47

Änderungen


(2) Eine nach Absatz 1 beschlossene und genehmigte Änderung tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Anzahl der hinterlegten Annahmeurkunden zwei Drittel der Anzahl der Vertragsstaaten zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Änderung erreicht. Danach tritt die Änderung für jeden Vertragsstaat am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner eigenen Annahmeurkunde in Kraft. Eine Änderung ist nur für die Vertragsstaaten, die sie angenommen haben, verbindlich.

(3) Wenn die Konferenz der Vertragsstaaten dies im Konsens beschließt, tritt eine nach Absatz 1 beschlossene und genehmigte Änderung, die ausschließlich die Artikel 34, 38, 39 und 40 betrifft, für alle Vertragsstaaten am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Anzahl der hinterlegten Annahmeurkunden zwei Drittel der Anzahl der Vertragsstaaten zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Änderung erreicht.

Artikel 48

Kündigung


Artikel 49

Zugängliches Format

Der Wortlaut dieses Übereinkommens wird in zugänglichen Formaten zur Verfügung gestellt.
Artikel 50
Verbindliche Wortlaute

Der arabische, der chinesische, der englische, der französische, der russische und der spanische Wortlaut dieses Übereinkommens sind gleichermaßen verbindlich.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, von ihren Regierungen hierzu gehörig beauftragten Verwaltungen dieses Übereinkommen unterschrieben.
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1
(1) Jeder Vertragsstaat dieses Protokolls („Vertragsstaat“) anerkennt die Zuständigkeit des Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen („Ausschuss“) für die Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen, die von oder im Namen von seiner Hoheitsgewalt unterstehenden Einzelpersonen oder Personengruppen einge- reicht werden, die behaupten, Opfer einer Verletzung des Übereinkommens durch den betreffenden Vertragsstaat zu sein.

(2) Der Ausschuss nimmt keine Mitteilung entgegen, die einen Vertragsstaat des Übereinkommens betrifft, der nicht Vertragspartei dieses Protokolls ist.

Artikel 2
Der Ausschuss erklärt eine Mitteilung für unzulässig,

a) wenn sie anonym ist;

b) wenn sie einen Missbrauch des Rechts auf Einreichung solcher Mitteilungen darstellt oder mit den Bestimmungen des Übereinkommens unvereinbar ist;

c) wenn dieselbe Sache bereits vom Ausschuss untersucht worden ist oder in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft worden ist oder geprüft wird;

d) wenn nicht alle zur Verfügung stehenden innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft worden sind. Dies gilt nicht, wenn das Verfahren bei der Anwendung solcher Rechtsbehelfe unangemessen lange dauert oder keine wirksame Abhilfe erwarten lässt;

e) wenn sie offensichtlich unbegründet ist oder nicht hinreichend begründet wird oder

f) wenn die der Mitteilung zugrunde liegenden Tatsachen vor dem Inkrafttreten dieses Protokolls für den betreffenden Vertragsstaat eingetreten sind, es sei denn, dass sie auch nach diesem Zeitpunkt weiterbestehen.

Artikel 3

Artikel 4
(1) Der Ausschuss kann jederzeit nach Eingang einer Mitteilung und bevor eine Entscheidung in der Sache selbst getroffen worden ist, dem betreffenden Vertragsstaat ein
Gesuch zur sofortigen Prüfung übermitteln, in dem er aufgefordert wird, die vorläufigen Maßnahmen zu treffen, die gegebenenfalls erforderlich sind, um einen möglichen nicht wieder gutzumachenden Schaden für das oder die Opfer der behaupteten Verletzung abzuwenden.

(2) Übt der Ausschuss sein Ermessen nach Absatz 1 aus, so bedeutet das keine Entscheidung über die Zulässigkeit der Mitteilung oder in der Sache selbst.

Artikel 5

Artikel 6
(1) Erhält der Ausschuss zuverlässige Angaben, die auf schwerwiegende oder systematische Verletzungen der in dem Übereinkommen niedergelegten Rechte durch einen Vertragsstaat hinweisen, so fordert der Ausschuss diesen Vertragsstaat auf, bei der Prüfung der Angaben mitzuwirken und zu diesen Angaben Stellung zu nehmen.

(2) Der Ausschuss kann unter Berücksichtigung der von dem betreffenden Vertragsstaat abgegebenen Stellungnahmen sowie aller sonstigen ihm zur Verfügung stehenden zuverlässigen Angaben eines oder mehrere seiner Mitglieder beauftragen, eine Untersuchung durchzuführen und ihm sofort zu berichten. Sofern geboten, kann die Untersuchung mit Zustimmung des Vertragsstaats einen Besuch in seinem Hoheitsgebiet einschließen.

(3) Nachdem der Ausschuss die Ergebnisse einer solchen Untersuchung geprüft hat, übermittelt er sie zusammen mit etwaigen Bemerkungen und Empfehlungen dem betreffenden Vertragsstaat.

(4) Der Vertragsstaat unterbreitet innerhalb von sechs Monaten nach Eingang der vom Ausschuss übermittelten Ergebnisse, Bemerkungen und Empfehlungen dem Ausschuss seine Stellungnahmen.

(5) Eine solche Untersuchung ist vertraulich durchzuführen; die Mitwirkung des Vertragsstaats ist auf allen Verfahrensstufen anzustreben.

Artikel 7
(1) Der Ausschuss kann den betreffenden Vertragsstaat auffordern, in seinen Bericht nach Artikel 35 des Übereinkommens Einzelheiten über Maßnahmen aufzunehmen, die als Reaktion auf eine nach Artikel 6 dieses Protokolls durchgeführte Untersuchung getroffen wurden.

(2) Sofern erforderlich, kann der Ausschuss nach Ablauf des in Artikel 6 Absatz 4 genannten Zeitraums von sechs Monaten den betreffenden Vertragsstaat auffordern, ihn über die als Reaktion auf eine solche Untersuchung getroffenen Maßnahmen zu unterrichten.
Artikel 8
Jeder Vertragsstaat kann zum Zeitpunkt der Unterzeichnung oder Ratifikation dieses Protokolls oder seines Beitritts dazu erklären, dass er die in den Artikeln 6 und 7 vorgesehene Zuständigkeit des Ausschusses nicht anerkennt.

Artikel 9
Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist Verwahrer dieses Protokolls.

Artikel 10
Dieses Protokoll liegt für die Staaten und die Organisationen der regionalen Integrati-
on, die das Übereinkommen unterzeichnet haben, ab dem 30. März 2007 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.

Artikel 11
Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten des Proto-
kolls, die das Übereinkommen ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind. Es bedarf
der förmlichen Bestätigung durch die Organisationen der regionalen Integration, die
das Protokoll unterzeichnet haben und das Übereinkommen förmlich bestätigt haben
der ihm beigetreten sind. Das Protokoll steht allen Staaten oder Organisationen der regionalen Integration zum Beitritt offen, die das Übereinkommen ratifiziert bezie-
hungsweise förmlich bestätigt haben oder ihm beigetreten sind und die das Protokoll
nicht unterzeichnet haben.

Artikel 12
(1) Der Ausdruck „Organisation der regionalen Integration“ bezeichnet eine von
souveränen Staaten einer bestimmten Region gebildete Organisation, der ihre Mit-
gliedstaaten die Zuständigkeit für von dem Übereinkommen und diesem Protokoll
erfasste Angelegenheiten übertragen haben. In ihren Urkunden der förmlichen Be-
stätigung oder Beitrittsurkunden erklären diese Organisationen den Umfang ihrer
Zuständigkeiten in Bezug auf die durch das Übereinkommen und dieses Protokoll
erfassten Angelegenheiten. Danach teilen sie dem Verwahrer jede maßgebliche Än-
derung des Umfangs ihrer Zuständigkeiten mit.

(2) Bezugsnahmen auf „Vertragsstaaten“ in diesem Protokoll finden auf solche Orga-
nisationen im Rahmen ihrer Zuständigkeit Anwendung.

(3) Für die Zwecke des Artikels 13 Absatz 1 und des Artikels 15 Absatz 2 wird eine
von einer Organisation der regionalen Integration hinterlegte Urkunde nicht mitge-
zählt.

(4) Organisationen der regionalen Integration können in Angelegenheiten ihrer Zu-
ständigkeit ihr Stimme recht bei dem Treffen der Vertragsstaaten mit der Anzahl von
Stimmen ausüben, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragspartei-
en dieses Protokolls sind. Diese Organisationen üben ihr Stimme recht nicht aus, wenn
einer ihrer Mitgliedstaaten sein Stimme recht ausübt, und umgekehrt.
Artikel 13
(1) Vorbehaltlich des Inkrafttretens des Übereinkommens tritt dieses Protokoll am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat und jede Organisation der regionalen Integration, der beziehungsweise die dieses Protokoll nach Hinterlegung der zehnten entsprechenden Urkunde ratifiziert, förmlich bestätigt oder ihm beitritt, tritt das Protokoll am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der eigenen Urkunde in Kraft.

Artikel 14
(1) Vorbehalte, die mit Ziel und Zweck dieses Protokolls unvereinbar sind, sind nicht zulässig.

(2) Vorbehalte können jederzeit zurückgenommen werden.

Artikel 15

(2) Eine nach Absatz 1 beschlossene und genehmigte Änderung tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Anzahl der hinterlegten Annahmeurkunden zwei Drittel der Anzahl der Vertragsstaaten zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Änderung erreicht. Danach tritt die Änderung für jeden Vertragsstaat am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner eigenen Annahmeurkunde in Kraft. Eine Änderung ist nur für die Vertragsstaaten, die sie angenommen haben, verbindlich.

Artikel 16

Artikel 17
Der Wortlaut dieses Protokolls wird in zugänglichen Formaten zur Verfügung gestellt.

Artikel 18
Der arabische, der chinesische, der englische, der französische, der russische und der spanische Wortlaut dieses Protokolls sind gleichermaßen verbindlich.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, von ihren jeweiligen Regierungen hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Protokoll unterschrieben.
Literaturhinweise

**Aichele, Valentin**: Die UN-Behindertenrechtskonvention und ihr Fakultativprotokoll, Ein Beitrag zur Ratifikationsdebatte, Deutsches Institut für Menschenrechte, Policy Paper No. 9, 2008

**von Bernstorff, Jochen**: Menschenrechte und Betroffenenrepräsentation: Entstehung und Inhalt eines UN-Antidiskriminierungsgesetzes, Verfassungsrecht und Völkerrecht 67 (2007), S. 1041 - 1063

**Bielefeldt, Heiner**: Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention, Deutsches Institut für Menschenrechte, Essay No. 5, 2009


**Degener, Theresia**: Welche legislativen Herausforderungen bestehen in Bezug auf die nationale Implementierung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bund und Ländern?, in: Behindertenrecht Heft 2/2009, S. 34 – 51


**Hinz, Andreas; Körner, Ingrid; Niehoff, Ulrich (Hg.)**: Von der Integration zur Inklusion, Grundlagen – Perspektiven – Praxis, Lebenshilfe-Verlag 2008

**Lachwitz, Klaus / Trenk-Hinterberger, Peter**: Zum Einfluss der Behindertenrechtskonvention (BRK) der Vereinten Nationen auf die deutsche Rechtsordnung – Versuch einer Darstellung am Beispiel des Art. 19 BRK (Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft), in: Rechtsdienst der Lebenshilfe, Nr. 2/10, Juni 2010, S. 45 - 52

**Rothfritz, Lauri Philipp**: Die Konvention der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen – Eine Analyse unter Bezugnahme auf die deutsche und europäische Rechtsordnung, Dresdner Schriften zu Recht und Politik der Vereinten Nationen Band 10, 2010

**Schneider, Jakob**: Die Justiziabilität wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte, Deutsches Institut für Menschenrechte, 2004

Anmerkung:

Die Literaturhinweise beziehen sich ausschließlich auf Titel, die sich mit Grundsatzfragen zur UN-Konvention und zum Thema Inklusion befassen. Es gibt darüber hinaus zahlreiche Artikel in diversen Fachzeitschriften, die sich mit einzelnen Aspekten auseinandersetzen wie Betreuungsrecht, Bildung, Arbeit und Beschäftigung.
Weitere Informationen:

Vereinte Nationen:
www.un.org/disabilities/

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:
www.einfach-teilhaben.de
www.bmas.de

Deutsches Institut für Menschenrechte:
www.institut-fuer-menschenrechte.de

Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen:
www.behindertenbeauftragter.de

Netzwerk Artikel 3:
www.netzwerk-artikel-3.de

Anmerkung:
Auf den genannten Seiten finden Sie unterschiedliche Informationen über die UN-Konvention, über die Umsetzung, über einzelne Themen, über Veranstaltungen. Die meisten Seiten enthalten auch Texte in leichter Sprache oder Informationen in Gebärdensprache.